

---

## Berichte

---

### Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Aussagen des Grundsatzprogramms der CSU und des DGB -ein Vergleich\*

#### *Vorbemerkung*

Die Angriffe maßgebender Politiker der CSU, vor allem ihres Generalsekretärs Stoiber gegen den DGB wirft die Frage auf, ob der von der CSU vom Zaun gebrochene Konflikt nur „taktische“ Gründe hatte, um kurzfristige vordergründige Ziele der CSU zu erreichen oder ob (auch) tiefgründigere prinzipielle Ursachen dahinterstehen, die eine Fortsetzung bzw. Wiederholung der Anti-DGB-Kampagne wahrscheinlich machen und die sich aus einem völlig andersartigen gesellschaftspolitischen Standort der CSU im Vergleich zum DGB ergeben.

Den Versuch einer Antwort hierauf soll eine vergleichende Gegenüberstellung der relevanten gesellschaftspolitischen Aussagen des CSU- Grundsatzprogramms von 1976 mit denen des DGB geben. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den *kursiv* gesetzten Abschnitten um Zitate aus dem Grundsatzprogramm der CSU. Der Vergleich spricht unmittelbar für sich. Auf ausführliche Beurteilungen kann deshalb verzichtet werden.

---

\* Anmerkung der Redaktion: Im Falle der CSU geht die Redaktion von der üblichen Praxis ab, sich bei Parteien nur mit bundesweit organisierten Gruppierungen auseinanderzusetzen. Da jedoch die CSU den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU stellt, erscheint es sinnvoll, das von ihm geprägte Grundsatzprogramm einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Dies gilt um so mehr, als das CSU-Programm schon vor der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur verabschiedet worden ist. Es dürfte deshalb die politischen Perspektiven der CSU in einer relativ originalen und noch nicht durch Kompromisse veränderten Form enthalten.

## 1. Grundwerte

### 1.1 Chancengerechtigkeit und humanes Leistungsprinzip

*Die bewußt gesellschaftsgestaltende Politik der Christlich Sozialen Union gibt der Selbst- und Mitverantwortung der Bürger Raum und ermöglicht den Wandel der Gesellschaft in freiheitlichen Bahnen. Deshalb bekennt sie sich zur Chancengerechtigkeit und zu einem humanen Leistungsprinzip als Grundvoraussetzung zur Selbstverwirklichung des einzelnen.*

Diese auf den ersten Blick zu bejahende Aussage gewinnt eine andere Bewertung, wenn man aus der Diskussion um das Grundsatzprogramm der CSU erfährt, daß „Chancengerechtigkeit“ bewußt anstelle von „Chancengleichheit“ gesetzt worden ist. Zitiert sei hier der Vorsitzende der Grundsatzkommission der Christlich Sozialen Union, Dr. Theo Waigel, der zur Programmdiskussion der Unions-Parteien im Bayern-Kurier am 28. 10. 1978 schreibt: „Ebenso in der Natur begründet ist die Ungleichheit nach der leiblichen, geistigen und sittlichen Seite, nach geschichtlichen Verhältnissen und der sozialen wirtschaftlichen Lage. In der Gleichheitsforderung des Sozialismus liegt das natürliche Unterfangen, die Verschiedenheit des Menschen zu beseitigen. Zu Recht gehen daher das Grundsatzprogramm der CSU und der Entwurf der CDU vom Ziel der Chancengerechtigkeit aus. Falsch ist die Forderung der Jungen Union auf Bundesebene nach Chancengleichheit. Es kann sie so wenig geben, wie die utopische und menschenfeindliche Ideologie nach allgemeiner Gleichheit. Jedem gebührt seine Chance. Die gleiche Chance für jeden gibt es nicht.“ Soweit Waigel.

Abgesehen davon, daß die Gleichheitsforderung nicht erst eine Sache des Sozialismus, sondern schon der Französischen Revolution ist und damit als „abendländisches Erbe“ in allen fortschrittlichen Bewegungen verankert worden ist (so auch im Grundgesetz), kann der DGB die Ungleichheit vor allem der sozialen wirtschaftlichen Lage als in der Natur begründet nicht akzeptieren. Vielmehr hat z. B. seine Forderung nach paritätischer Mitbestimmung ihre Wurzel in der Gleichheit von Arbeit und Kapital.

### 1.2 Freiheit

*Freiheit bedeutet Verantwortung für die eigene Person und für den Mitmenschen. Sie setzt eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung voraus.*

*Die Christlich Soziale Union will eine Gesellschaftspolitik, die die Selbständigkeit des einzelnen und nicht die Macht anonymer Apparate fördert.*

*Der Freiheitsspielraum des einzelnen ist von der Macht organisierter Interessenvertretungen ständig bedroht.*

*Die Christlich Soziale Union will deshalb die Macht organisierter Interessen begrenzen, um die Freiheit des einzelnen und die Belange der Gemeinschaft zu gewährleisten.*

Im Grundsatzprogramm des DGB bekennen sich der DGB und seine Gewerkschaften zu den unveräußerlichen Rechten des Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung.

Es ist daher abwegig, wenn das CSU-Grundsatzprogramm pauschal von der Bedrohung des Freiheitsspielraums durch die „Macht anonymer Apparate“ bzw. „Macht organisierter Interessenvertretung“ spricht, ohne die Gewerkschaften von vornherein auszuschließen.

Im krassen Gegensatz zum CSU-Programm sieht der DGB erst in der Existenz der „Macht organisierter Interessen“ in der Form der Gewerkschaften die Voraussetzung für die Freiheit der Arbeitnehmer. Im Entwurf zum Grundsatzprogramm des DGB heißt es: „Die Arbeitnehmer schließen sich gegen den Widerstand des Obrigkeitsstaates zu Gewerkschaften zusammen. Es war von Anbeginn an ihr Ziel, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu

verschaffen und sie zu schützen, ihn sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht."

### 1.3 Demokratischer Rechtsstaat

Das dritte Kapitel des CSU-Grundsatzprogramms ist überschrieben: *Auftrag und Ordnung des demokratischen Rechtsstaates*. Die Zwischenüberschriften lauten: *Staat als Rechts- und Friedensgemeinschaft Freiheit der Persönlichkeitsentfaltung Staat - Hilfe zur Selbsthilfe Förderung des einzelnen Bürgers Begrenzung der organisierten Interessen Auftrag zur politischen Führung Freiheit und Vielfalt der Informationen Pflicht des Sozialstaates Wehrhafte Demokratie — Garant für Frieden und Freiheit*

Unter „Pflicht des Sozialstaates“ heißt es u. a.: *Die Christlich Soziale Union bekennt sich zum Sozialstaat. Sie muß darauf achten, daß der Sozialstaat eine Solidargemeinschaft bleibt, die sich vor dem Mißbrauch der Solidarität schützt.*

Während das DGB-Grundsatzprogramm an hervorragender Stelle in seiner Präambel festhält: Es bleibt weiterhin Aufgabe der Gewerkschaften, am Ausbau des sozialen Rechtsstaates und an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken, gibt das CSU-Grundsatzprogramm mehr beiläufig ein Bekenntnis zum Sozialstaat ab und dieses mit der merkwürdigen Formulierung einschränkt, man müsse ihn vor dem „Mißbrauch der Solidarität“ schützen. Ohne der Textinterpretation Gewalt anzutun, bleibt hier zumindest zu fragen, ob in der Zurückstufung des Sozialstaatsprinzips im Text auch eine politische Gewichtung festgelegt worden ist.

Diese Frage stellt sich auch deshalb, weil der CSU-Vorsitzende F. J. Strauß in vielen Äußerungen sich auf die Formulierung „demokratischer Rechtsstaat“ beschränkt.

## 2. Wirtschaftsordnung

### 2.1 Ausgangslage

*Die von der Sozialen Marktwirtschaft geweckten und geordneten Kräfte wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik führten zu einer weitreichenden Veränderung der beruflichen und sozialen Strukturen.*

*Die sozialen Unterschiede wurden weitgehend abgebaut, die Klassenunterschiede außerhalb jedes Klassensystems beseitigt. Dem Arbeitnehmer vor allem wurde ein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg ohne Beispiel ermöglicht. Während andere vom Klassenkampf redeten und reden, hat die Christlich Soziale Union durch politische Arbeit dazu beigetragen, eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger zu schaffen.*

Demgegenüber stellt das Grundsatzprogramm fest: Zwar hat die allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die vor allem der Schaffenskraft und dem Fleiß der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem ständigen Drängen der Gewerkschaften zu verdanken ist, vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet. Aber die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen.

## 2.2 Soziale Marktwirtschaft

*Die Freiheit, etwas zu beginnen, zu leisten und aufzubauen, Eigentum zu erwerben, zu besitzen und zu veräußern, gehört zu den unabdingbaren Prinzipien unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.*

*Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist eine ökonomische Garantie der Freiheitsrechte aller Bürger. Sie ist daher eine wesentliche Bedingung einer am Prinzip freiheitsorientierten gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung.*

Die Soziale Marktwirtschaft wird in den Rang eines Verfassungsgrundsatzes erhoben. Demgegenüber bekräftigt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber erneut die geltende Rechtslage, daß der sozialen Marktwirtschaftsordnung kein Verfassungsrang zukäme. Es sei dem Gesetzgeber überlassen, die jeweilige konkrete Wirtschaftsform festzulegen.

## 3. Wirtschaftspolitische Einzelaussagen

*Für die Christlich Soziale Union sind angemessenes reales Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität unerläßliche Voraussetzungen für den Bestand der sozialen Sicherheit und Leistungsfähigkeit.*

*Der Überforderung der Wirtschaft durch die Verteilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen und durch die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand ist entgegenzutreten.*

In dem Text bleibt offen, was „Überforderung der Wirtschaft“ heißt, ob jeder Verteilungskampf zur Überforderung führt und daher abzulehnen sei. Da in der Bundesrepublik die Einkommens- und Vermögensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer geregelt ist, die es zu verändern gilt, sind es folglich die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, denen die Rolle zufällt, den Verteilungskampf aktiv führen zu müssen.

Im neuen Aktionsprogramm heißt es: Der Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der Wirtschaft muß erhöht werden, der Lebensstandard ihrer Familien steigen.

Die Art der CSU-Formulierung setzt den fordernden Teil im Verteilungskampf, also die Gewerkschaften, von vornherein ins Unrecht, dem daher entgegenzutreten ist.

*Die Lasten für die Bewahrung der Stabilität müssen von allen gesellschaftlichen Gruppen und den öffentlichen Haushalten gemeinsam getragen werden.*

Diese Aussage bedarf der Ergänzung: Die Bewahrung der Stabilität darf nicht zu Lasten der einkommenschwachen Gruppen gehen.

*Für die Christlich Soziale Union kommen Investitionskontrolle und Investitionslenkung keinesfalls in Frage.*

Das CSU-Grundsatzprogramm übersieht, daß es heute schon vielfältige Formen staatlicher Investitionslenkung gibt. Nach dem DGB-Grundsatzprogramm ist „eine Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit in der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung

zu erreichen, ohne die letzte Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen".

*Eine weitere Erhöhung des Anteils des Staates lehnt die Christlich Soziale Union ab, weil dadurch die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems zusätzlich beeinträchtigt wird.*

Der jeweilige Anteil des Staates am Sozialprodukt ist keine ideologische Frage, sondern ergibt sich aus der notwendigen Finanzierung für die soziale Sicherung und beschäftigungspolitische Ausgabenprogramme.

*Die Verstaatlichung von Unternehmen ist kein volkswirtschaftlich vernünftiger Ausweg aus Krisen.*

Nach dem DGB-Grundsatzprogramm ist u. a. die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum eine mögliche Methode zur Kontrolle der wirtschaftlichen Macht.

*Der Bereich der Dienstleistungen und wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates bieten vielfältige Möglichkeiten, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.*

Dagegen heißt es im neuen DGB-Aktionsprogramm: Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar.

Bei sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie: Die CSU tritt für eine konsequente Wettbewerbspolitik ein, die den Mißbrauch von Marktmacht bekämpft. Sie ist für eine ausgewogene Strukturpolitik, für eine vorausschauende Energie- und Rohstoffpolitik einschließlich der Errichtung weiterer Kernkraftwerke, für eine marktwirtschaftliche Verkehrspolitik, treten Formulierungen auf, die in dieser allgemeinen Form nicht im Widerspruch zu DGB-Auffassungen stehen.

#### *4. Steuer- und Vermögenspolitik*

*Die Schwerpunkte der Steuerpolitik müssen nach Meinung der CSU in einer Verwirklichung des Grundsatzes der leistungsgerechten Besteuerung liegen.*

*Ertragsunabhängige Steuern dürfen nicht zur Verminderung der Unternehmenssubstanz führen und notwendige Investitionen be- oder gar verhindern. Die Steuerbefreiung gemeinnütziger Unternehmen, insbesondere bei der Körperschaftsteuer, darf nicht zu ungerechtfertigter Wettbewerbsverzerrung und zu Vermögenskonzentration führen.*

Unter „leistungsgerechter“ Besteuerung versteht man allgemein, daß die aufgrund ihrer „Leistung“ mehr Verdienenden nicht steuerlich stärker belastet werden. Dieses bezieht sich sowohl auf die sog. Leistungseinkommen der Arbeitnehmer, erst recht aber auf die höheren Einkommensbezieher der Selbständigen. Was „leistungsgerecht“ ist, entzieht sich einer objektiven Bestimmung. Oft wird der Begriff „leistungsgerechte Besteuerung“ als Absage an eine Umverteilung der Einkommen und Vermögen zu Lasten der Höherverdienenden verstanden. Der DGB lehnt die Forderung nach weiteren Steuerentlastungen für die Unternehmer, vor allem der sog. ertragsunabhängigen Steuern (Gewerbekapitalsteuer, Grundsteuer usw.), ab.

*Neben der Förderung von Haus- und Wohneigentum muß in Zukunft eine stärkere Beteiligung breiter Arbeitnehmerschichten am neu entstehenden Produktivvermögen verwirklicht werden. Die CSU lehnt die Bildung von anonymen fremdgesteuerten Fonds ab.*

Im neuen Aktionsprogramm des DGB heißt es: Jede Vermögensbildung muß überbetrieblich und von den Tarifparteien ausgestaltbar angelegt werden. Betriebliche Investivlohnmodelle und sie begünstigende gesetzliche Vorschriften werden abgelehnt.

### 5. Mitbestimmung

*Die CSU ist für die Weiterentwicklung einer partnerschaftlichen, funktionsgerechten und in vollem Einklang mit dem Grundgesetz stehenden Mitbestimmung und Mitverantwortung. Mitbestimmung hat die Mitwirkungsmöglichkeit der Betriebsangehörigen zu stärken. Ziel der Mitbestimmung darf es nicht sein, die Macht außerbetrieblicher Organisationen zu stärken. Die Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit als Folge der Partnerschaft muß im Gesamtgefüge und in der Gesamtauswirkung von Betriebs- und Unternehmensverfassung bewertet und gewährleistet sein.*

Das CSU-Grundsatzprogramm wendet sich gegen Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten. Der unklare Begriff „funktionsgerecht“ wird oft im Sinn von betriebswirtschaftlicher Effizienz im Sinne der Unternehmerrgewinne verstanden. Die Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit wird in Verbindung mit der „Partnerschaft“ gesetzt. Ein größerer Teil der CSU-Abgeordneten waren die einzigen, die im Bundestag gegen das Mitbestimmungsgesetz gestimmt haben.

### 6. Tarifautonomie — Gewerkschaften

*Die CSU verteidigt die Tarifautonomie und bekennt sich zur gewerkschaftlichen Pluralität als wesentlichen Bestandteil einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.*

Die Betonung der gewerkschaftlichen „Pluralität“ ist formal sicherlich unangreifbar, politisch aber gegen die Existenz einer machtvollen Einheitsgewerkschaft gerichtet. Die Verteidigung der Tarifautonomie wird fraglich, wenn es anderswo, wie oben schon zitiert, heißt: *Der Überforderung der Wirtschaft durch die Verteilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen ist entgegenzutreten.*

Dies könnte bedeuten, daß die CSU sich immer dann in die Tarifautonomie (zugunsten der Unternehmer) einmischen wird, wenn die Gewerkschaften den Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der Wirtschaft erhöhen wollen.

Das Gesellschaftsbild der CSU ist von der Partnerschaftsvorstellung geprägt. Der Interessenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital, der die Existenzgrundlage freier Gewerkschaften bildet, wird geleugnet und an dessen Stelle die „Partnerschaft“ gesetzt. Wenn zudem die Macht organisierter Interessen (also vor allem Gewerkschaften) im Widerspruch zur Freiheit des einzelnen gesehen wird, ist die Kampfansage gegen die moderne Einheitsgewerkschaft im Grundsatzprogramm potentiell angelegt.

*Wirtschafts- und Sozialräte zur Mitbestimmung der Wirtschaftspolitik verwischen die Verantwortung der Regierung und schmälern die Rechte des Parlaments; sie werden daher von der CSU abgelehnt.*

Das Grundsatzprogramm des DGB legt fest: Die überbetriebliche Mitbestimmung muß in paritätisch aus Arbeitnehmern und Unternehmensvertretern besetzten Organen verwirklicht werden. Diese Position wird im neuen Aktionsprogramm bekräftigt.

*Die CSU wird prüfen, ob die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeitgeber durch die Industrie- und Handelskammer und durch Handwerkskammern der Ergänzung durch eine öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeitnehmer durch Arbeitskammern bedarf.*

In dieser Überprüfungsphase befindet sich die CSU immer noch, da die kontroversen Positionen innerhalb der Partei sich noch nicht abgeklärt haben. Der DGB lehnt Arbeitskammern strikt ab.

## 7. Menschliche Umwelt

*Ziel der Landesentwicklungs- und Raumordnungspolitik der CSU ist die Förderung von Chancengerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und freier Entfaltung der Persönlichkeit in einer menschenwürdigen Umwelt. Ein überzogenes und schematisches Schwerpunktkonzept, wie es sozialistische Politik vertritt, führt zur passiven Sanierung, d. h. zum Abwanderungszwang von Menschen aus ihrer angestammten Heimat. Der einzelne und die Privatwirtschaft haben ein Recht darauf, zu erfahren, was, wo und wieviel Staat und Kommunen an raumbedeutsamen Investitionen vorhaben.*

*Die CSU hat mit dem „bayerischen Modell“ der Zusammenfassung von Landesentwicklung und Umweltfragen den Weg für eine zukunftsweisende Umweltpolitik beschritten. Der Staat soll grundsätzlich in unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung nicht in die Selbstbestimmung der Freizeit eingreifen.*

Den recht allgemein gehaltenen Feststellungen zur menschlichen Umwelt kann aus DGB-Sicht zugestimmt werden, wenngleich die Frage offenbleibt, wer oder was mit dem „Schwerpunktkonzept“ sozialistischer Politik gemeint ist. Differenzierende Positionen werden erst deutlich, wenn es um konkretere Dinge geht. Der DGB spricht sich für ein maßvolles Verdichtungskonzept aus, dessen Verwirklichung nicht überhastet, dogmatisch, ohne Rücksicht auf traditionell verwurzelte Verhaltensweisen der Bevölkerung vorangetrieben werden. Die Forderung im Grundsatzprogramm nach Transparenz öffentlicher Investitionen wird in Bayern von der Bayerischen Staatsregierung nur bis zur Ebene der Region verfolgt, nicht aber bis zur Ebene der regionalen Arbeitsmärkte.

*Hauptziel der Wohnungspolitik muß die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen zu sozial vertretbaren Mieten und die breite Streuung von Eigentum an der eigen-genutzten Familienwohnung sein. Die Städte müssen rechtlich, finanziell und planerisch im Rahmen ihrer Selbstverwaltung in die Lage versetzt werden, ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.*

Auch im Bereich Wohnungsbau und Städteplanung beschränkt sich das Grundsatzprogramm auf allgemeine Aussagen, denen prinzipiell zuzustimmen ist. Die echten Konflikte zwischen DGB und CSU treten erst auf einer konkreteren Ebene zutage, z. B. wenn die CSU fordert, daß über höhere Mietpreissteigerungen der frei finanzierte Wohnungsbau stärker angekurbelt werden soll.

## 8. Soziale Gruppen

*Die CSU ist eine Volkspartei. Sie ist eine soziale Partei, weil sie sich für alle Menschen, besonders für die schwächeren, einsetzt. Die CSU tritt entschlossen für die Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft und ein freies Unternehmertum ein. Ziel ihrer Politik ist die Erhaltung einer bäuerlich betriebenen Landwirtschaft und des bäuerlichen Berufsstandes als Teil eines freien und selbständigen Mittelstandes. Die CSU wird den bayerischen Weg der Agrarpolitik fortsetzen; er ist darauf gerichtet, den Haupt- und Nebenerwerbslandwirten durch partnerschaftliche Zusammenarbeit gleichwertige Chancen zu bieten und eine breite Eigentumsstreuung zu gewährleisten.*

Entsprechend dem Selbstverständnis der CSU als Volkspartei finden sich Aussagen zu fast allen sozialen Gruppen, wenn auch die Landwirtschaft und der Mittelstand breiter dargestellt sind. Auffällig ist, daß die Berufs- und Arbeitswelt der Arbeitnehmer nur sporadisch im Grundsatzprogramm behandelt wird; das gleiche gilt auch für den Unternehmer außerhalb

des Mittelstandes. Lobende Sätze wie: „Eine breite und leistungsfähige Mittelschicht von Selbständigen . . . ist eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und den Bestand der freiheitlichen Gesellschaft“, lassen sich, bezogen auf den Arbeitnehmer, im Grundsatzprogramm nicht wiederfinden.

*Die CSU lehnt überkommene Rollenvorstellungen für Mann und Frau ebenso ab wie eine ideologisch propagierte Gleichmacherei.*

*Die junge Generation hat das Recht, eigene Wege zu suchen. Den Jugendlichen im Arbeitsprozeß gilt unsere besondere Berücksichtigung.*

*Den alten Menschen muß eine selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung ermöglicht werden. Die CSU versteht das „C“ in ihrem Namen als besondere Verpflichtung gegenüber den Schwachen, Hilfsbedürftigen, Notleidenden und sozial Benachteiligten.*

*Die ausländischen Arbeitnehmer haben gleiche Rechte und Pflichten im Arbeitsleben wie ihre deutschen Kollegen. Die Erhaltung und Stärkung des Mittelstandes und der Mittelschichten ist für die CSU ein wichtiger Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Ausgeglichenheit, zur gesellschaftlichen Stabilität, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit.*

*Bei der notwendigen Förderung des Mittelstandes und der Mittelschicht geht es nicht um Zugeständnisse an Gruppen, sondern um eine politische Strategie zur Sicherung der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und unserer freiheitlichen Gesellschaft.*

*Die wachsende Schicht der Fach- und Führungskräfte hat entscheidenden Anteil an wirtschaftlichem Erfolg und an der sozialen Dynamik; ihr überdurchschnittlicher Beitrag an der Gesamtwirtschaft muß durch eine leistungsgerechte Besteuerung und durch Mitwirkungsrechte anerkannt und gefördert werden.*

Die Betonung der Führungskräfte (des Managements) macht deutlich, daß man diesem Kreis eine wachsende gesellschaftspolitische Bedeutung zuerkennen will.

Die starke Betonung der Nebenerwerbslandwirte entspringt wohl der Erkenntnis, daß die bäuerliche Schicht als gesellschaftspolitisch relevante Gruppe schon zahlenmäßig nur über die Nebenerwerbslandwirte zu halten ist. Obwohl noch von größerem Gewicht, nimmt die Darstellung der Landwirtschaft bei weitem nicht mehr den Anteil ein, der ihr früher zukam.

#### 9. Gesamtbeurteilung des CSU-Grundsatzprogramms

Der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission, Theo Waigel, stellt zu Recht fest: „Rund 85% aller Parteiprogramme stimmen verbal überein. Dahinter steht die Gefahr einer nur oberflächlichen Übereinstimmung und der Verwirrung der Begriffe.“ Da Gleiches auch auf das Grundsatzprogramm der CSU zutrifft, wurde daher in der Gegenüberstellung auf nichtssagende Allgemeinplätze weitgehend verzichtet. Vielmehr wurden die Positionen herausgehoben - sozusagen die „restlichen 15 %“ -, die das Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union profilieren und die den Einzelaussagen eine perspektivische Richtung geben. In der Gegenüberstellung wird deutlich, daß in den Grundwerten Freiheit, Chancengleichheit bzw. -gerechtigkeit, demokratischer und sozialer Rechtsstaat, die Rolle organisierter Interessen im Staat, Kontrolle wirtschaftlicher Macht, soziale Marktwirtschaft u. a. zwischen dem CSU-Grundsatzprogramm und den Programmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebliche, oft unvereinbare Unterschiede bestehen. Daneben gibt es einen Bereich, wo in den grundsätzlichen Aussagen durchaus vergleichbare Positionen feststellbar sind. Hier treten Differenzen manchmal erst auf konkreterer Ebene auf. Weiterhin ist festzuhalten, daß maß-



gebliche Forderungen bzw. Aussagen des Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes bzw. des neuen Aktionsprogramms in dem CSU-Grundsatzprogramm überhaupt keine Erwähnung finden: Das Recht auf Arbeit, Arbeitszeitverkürzung als wesentliche Gestaltungsaufgabe der Zukunft, Humanisierung der Arbeit. Hierzu gibt es außerhalb des Grundsatzprogramms viele ablehnende Aussagen der offiziellen Gremien der CSU.

Es wäre aber falsch zu übersehen, daß der Text des Grundsatzprogramms der Christlich Sozialen Union, zumindest was die gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Aussagen angeht, sich gegenüber ständestaatlichen Vorstellungen oder einer Politik des Laisser-faire, Laisser-aller oder einer totalitären Staatsvergötzung abgrenzt. Das klare Bekenntnis zum Konservatismus in der Präambel: „Die Christlich Soziale Union ist eine konservative Partei, weil sie sich einer dauerhaften Wertordnung verpflichtet weiß. Sie anerkennt Fortschritt auf der Basis des Bestehenden“ bedeutet, daß das Grundsatzprogramm im wesentlichen auf die Beibehaltung des Bestehenden zielt, dies vor allem auf die Beibehaltung der bestehenden Besitzverhältnisse und Privilegien. Andererseits werden aber die weitreichenden Veränderungen der beruflichen und sozialen Strukturen als Herausforderung erkannt, auf die es gilt, im Sinne einer Verteidigung des Bestehenden, für breite Wählerschichten überzeugende Antworten zu finden.

*Gerd Elvers, München*